



## Stabwechsel in Kuba

Historischer Übergang: Miguel Díaz-Canel übernimmt von Raúl Castro. Seite 3

Foto: AFP/Adalberto Roque

## Mieter in Not

Bewegungsforscher rechnen mit wachsenden Protesten. Seite 9

## Theater in Berlin

Ein Gespräch mit Senator Klaus Lederer zur Volksbühne. Seite 13

Foto: imago/ipton



# neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Mittwoch, 18. April 2018

73. Jahrgang/Nr. 90

Bundesausgabe 1,80 €

www.neues-deutschland.de

### STANDPUNKT

## L'Europe – c'est moi

Uwe Sattler hält die französische EU nicht für besser als die deutsche

Was hat Emmanuel Macron getan, dass er binnen Jahresfrist zum Heilsbringer der EU avancierte? Er hat sich mit seiner Bewegung »En Marche!« von der verkrusteten europäischen Parteiendemokratie losgesagt. Vielen erschien das als frischer Wind im maroden Haus Europa. Vor allem aber: Er beschrieb eine Zukunft Europas. Das war in der Schockstarre nach dem Brexit eine klare Ansage.

Es ist ein alter Hut, dass eine Reform der EU überfällig ist. Was allerdings Macron am Dienstag vor dem Europaparlament abermals aufwärmte, war eine sehr französische Vision von Europa. Nahezu alle Punkte liegen wesentlich im Interesse von Paris. Eine europäische Asylbehörde mit eigenen Finanzen? Das könnte gerade die attraktiven Zielländer im Norden vor den Zuwanderern »schützen«. Ein Währungsfonds für die Eurozone? Durch den gemeinsamen Topf und neue Verteilungsregeln würden die Nettozahler, auch Frankreich, stärker profitieren. Eine Angleichung der Sozialsysteme? Schaut man sich die »Arbeitsmarktreform« und die Schnitte in die öffentliche Daseinsvorsorge in Frankreich an, lässt das Böses ahnen. Mehr Demokratie in Europa? Ja, aber nur in Osteuropa. So will gerade Paris Fortschritte bei den vergangenen Europawahlen, wie europäische Spitzenkandidaten der Parteienfamilien, rückgängig machen.

Nicht allen in Europa gefällt der Schwenk von der deutschen zur französischen EU. Artig applaudiert wurde in Straßburg trotzdem. Schließlich redet überhaupt noch jemand über Europa.

### UNTEN LINKS

Der öffentliche Dienst kann sich freuen. Arbeitgeber und Gewerkschaften haben am Dienstag endlich das lang erwartete Ergebnis erzielt. Das heißt, das erwartete Ergebnis kann es nicht gewesen sein, denn der Veröffentlichungsdienst des öffentlichen Dienstes brauchte verächtlich lange. Viel länger, als es eigentlich dauert, den Zettel mit den erwarteten Ergebnissen herauszukramen, vor die Presse zu treten und alles vorzulesen, was drauf steht. Tarifachleute machten außer auf diese Tatsache auch darauf aufmerksam, dass zunächst von einem »vorläufigen Ergebnis« die Rede war. Das wird wohl bedeuten, dass das Ergebnis vorläufig ungültig ist. Oder nur vorläufig gültig, bis zur Veröffentlichung vielleicht. Je später die Veröffentlichung, desto nachhaltiger der Erfolg. Oder dass es erst abgesegnet werden soll vor der Veröffentlichung. Da muss ver.di-Vorhandlungsführer Bsirske erst wieder richtig, richtig sauer werden. Dann wird das »vorläufig« gestrichen. Umgehend. uka

## Das fabelhafte Europa des Monsieur Macron

In Straßburg pochte Frankreichs Präsident erneut auf einen Umbau der EU



Foto: AFP/Frederick Florin

Berlin. In der Debatte um die Reform der Europäischen Union hat Frankreichs Präsident Emmanuel Macron vor einem »Rückzug auf nationale Egoismen« gewarnt. Vor den Abgeordneten des Europaparlaments rief er am Dienstag dazu auf, in den kommenden Monaten Gräben zwischen verschiedenen EU-Ländern zu überwinden. In Deutschland war der Widerstand gegen Macrons Vorschläge zu einem weitreichenden Umbau der EU zuletzt schärfer geworden, insbesondere die Union tritt auf die Bremse.

Bis zur Europawahl im Mai 2019 müssten »spürbare Ergebnisse« erzielt werden, forderte

Macron bei seiner Rede in Straßburg. Europa brauche mehr eigene Handlungsfähigkeit, zum Beispiel bei der »Steuerung« der Migrationsbewegungen und der Bewältigung des Klimawandels. Er rief zur Verteidigung der »europäischen Demokratie« gegenüber autoritären Tendenzen auf. Als neuen Vorschlag brachte der Franzose vor, Kommunen künftig mit direkten EU-Finanzhilfen bei der Aufnahme von Flüchtlingen zu unterstützen. Damit wolle er die »vergiftete Debatte« über eine Umverteilung von Flüchtlingen in der EU überwinden.

Macron pochte erneut auf die in Deutschland heftig umstrittene Schaffung eines Haus-

halts für die Eurozone. Bis zur Europawahl solle ein Fahrplan zur schrittweisen Reform der Wirtschafts- und Währungsunion stehen. Als konkrete Punkte nannte er die Vollendung der Bankenunion und eine »budgetäre Kapazität, die die Stabilität und die Konvergenz in der Eurozone fördert«.

Am Donnerstag besucht Macron Kanzlerin Angela Merkel (CDU) in Berlin. Die beiden Länder wollen sich bis Juni auf gemeinsame Vorschläge zur EU-Reform verständigen. Das könnte schwierig werden: Einigkeit herrscht bislang nicht einmal innerhalb der deutschen Regierung. nd/mit Agenturen Seite 2

## EU stellt Türkei schlechtes Zeugnis aus

Fortschrittsberichte für Beitrittskandidaten vorgestellt / Ankara will Ausnahmezustand verlängern

Der Fortschrittsbericht der Kommission zum EU-Anwärter Türkei zeichnet ein düsteres Bild. Das deutsch-türkische Verhältnis ist obendrein getrübt durch die Festnahme eines Deutschen.

Von Nelli Tügel

»Die Türkei hat sich mit großen Schritten von der Europäischen Union entfernt«, heißt es im jährlichen Bericht der EU-Kommission zur Türkei als Beitrittskandidat, der am Dienstag vorgestellt wurde – wie auch die Länderberichte zu den EU-Anwärtern Serbien, Montenegro, Mazedonien, Albanien, Bosnien-Herzegowina und Kosovo. Während die Kommission bei den Westbalkanstaaten trotz weiteren »Reformbedarfs« Fortschritte sieht, ging sie mit der Türkei hart ins Gericht.

Das Land müsse den »Negativtrend bei der Rechtsstaatlichkeit und bei den Grundfreiheiten umkehren«. Angesichts der derzeitigen

Lage sei nicht geplant, weitere Kapitel in den Beitrittsverhandlungen zu öffnen. Ausgesetzt werden sollen sie allerdings nicht – wohl auch, um den seit 2016 geltenden EU-Türkei-Deal zur Zurückhaltung von Migranten nicht zu gefährden. Dieser wurde von der EU-Kommission positiv erwähnt.

Seit dem Putschversuch im Juli 2016 wurden UN-Angaben zufolge 160 000 Menschen in der Türkei festgenommen. Zeitungen und TV-Sender wurden geschlossen, das Streik- und Demonstrationsrecht wiederholt eingeschränkt und mehrere Bürgermeister abgesetzt. Zudem herrscht der Ausnahmezustand, der es Präsident Recep Tayyip Erdoğan ermöglicht, weitgehend per Dekret zu regieren. Am Mittwoch soll das türkische Parlament über eine siebte Verlängerung des Ausnahmezustandes abstimmen.

Zu den seit Juli 2016 Festgenommenen gehören auch mehrere EU-Bürger. Am vergangenen

Freitag wurde zudem erneut ein deutscher Staatsbürger, der Kölner Adil Demirci, während einer Urlaubsreise in Istanbul verhaftet. Seine Anwältin sagte dem »Spiegel«, ihrem Mandanten werde Mitgliedschaft in einer Terrororganisation vorgeworfen, gemeint ist die in der Türkei verbotene maoistische Gruppe MLKP. Das Auswärtige Amt sagte, das Generalkonsulat versuche, mit Demirci »in Kontakt zu treten, um ihn konsularisch betreuen zu können«. Man kenne jedoch den Festnahmegrund nicht und zähle Demirci daher bislang nicht zu den deutschen Staatsangehörigen, »die politisch inhaftiert sind«. Demirci hatte – wie auch Meşale Tolu – für die linke Nachrichtenagentur ETHA geschrieben. Der Deutsche Journalisten-Verband verurteilte die Festnahme scharf. Noch am Dienstag sollte Demirci der Staatsanwaltschaft vorgeführt werden.

Ebenfalls am Dienstag schlug der Chef der mit der AKP ver-

bündeten rechtsnationalistischen Partei MHP, Devlet Bahçeli, vor, die bislang für Herbst 2019 geplanten Wahlen auf August 2018 vorzuziehen. »Es gibt keinen Grund, diese Sache noch weiter hinauszuzögern«, sagte Bahçeli nach Angaben der staatlichen Nachrichtenagentur Anadolu. Mit den Wahlen soll das im April 2017 per Referendum beschlossene Präsidialsystem eingeführt werden.

### Lesen Sie heute im Ratgeber

Wohnungstausch: Groß gegen klein

Steuern: Was von der Rentenerhöhung bleibt

Privatdarlehen: Wenn Geld zu Konflikten führt

## EU beschwert sich bei WTO über USA

Begründung für die Zölle entspreche nicht den Tatsachen

Genf. Im Streit um US-Zölle auf Stahl- und Aluminiumprodukte hat die EU die Welthandelsorganisation WTO eingeschaltet. In einem am Montag veröffentlichten Papier beschwert sich die EU über die US-Maßnahme und verlangt ein Schlichtungsverfahren. Als Grund nennt die EU die Begründung der USA für die Zölle. Nach EU-Auffassung wurden sie nicht wie von Washington behauptet aus Sicherheitsgründen, sondern zum Schutz von US-Firmen vor ausländischer Konkurrenz verhängt. Als Schutzmaßnahmen hätten die Zölle bei der WTO gemeldet werden müssen, so die EU. Die EU strebte das Verfahren an, obwohl ihre Mitglieder bislang von den Zöllen ausgenommen sind.

Unterdessen öffnet China seinen Automarkt für ausländische Hersteller und hebt dafür den Zwang zur Beteiligung einheimischer Firmen auf. Bis 2022 würden »alle Restriktionen aufgehoben«, teilte die zuständige Kommission mit. China geht damit im Handelsstreit mit den USA weitere Kompromisse ein. Agenturen/nd Kommentar Seite 4

## C-Waffen-Experten trafen in Duma ein

Russland weist westliche Vorwürfe der Verzögerung zurück

Damaskus. Einen Tag früher als angekündigt haben Chemiewaffenexperten nach Berichten syrischer Medien die Stadt Duma erreicht. Das Team der Organisation für ein Verbot der Chemiewaffen sei am Dienstag in der Stadt in Ost-Ghuta eingetroffen, berichtete die Nachrichtenagentur Sana. Es soll dort einen mutmaßlichen Giftgasangriff gegen Zivilisten untersuchen, für den westliche Staaten die syrische Regierung verantwortlich machen.

Eigentlich sollten die Experten einer russischen Ankündigung zufolge erst am Mittwoch nach Duma reisen. Die neun Spezialisten waren am Samstag in Damaskus eingetroffen, bekamen aber zunächst keinen Zutritt zu Duma. Großbritannien hatte Russland und Syrien daraufhin vorgeworfen, die Ermittlungen zu blockieren. Das wies Russland entschieden zurück und begründete die Verzögerung mit Sicherheitsfragen. In Duma seien noch Dutzende von den feindlichen Milizen gelegte Minen und Sprengfallen zu räumen gewesen. dpa/nd Seite 8

## Kirchenjobs auch ohne Religion

EuGH schränkt willkürliche Praktiken im Arbeitsrecht ein

Berlin. Kirchliche Einrichtungen können laut einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs nicht willkürlich bei Stellenausschreibungen von Bewerbern die Religionszugehörigkeit fordern. Es müsse »objektiv« ein direkter Zusammenhang zwischen der Konfession und der Tätigkeit bestehen, wie die Luxemburger Richter am Dienstag mitteilten. Zivilgerichte sollten dies im Einzelfall auf Grundlage der nationalen Gesetze und der EU-Antidiskriminierungsrichtlinie überprüfen können. Geklagt hatte eine Berliner Sozialpädagogin, die sich vergeblich um eine Stelle bei der Diakonie beworben hatte.

Die Evangelische Kirche in Deutschland bedauerte in einer ersten Stellungnahme, dass der EuGH die Gestaltungsfreiheit der Kirchen bei der Personalauswahl nun über das Europarecht einschränke. Die Gewerkschaft ver.di begrüßte dagegen das Urteil, da es den Kirchen Grenzen setze, und erklärte: »Der Sonderstatus der Kirchen ist ein Relikt vergangener Zeiten. Er hätte längst abgeschafft werden müssen.« nd Seite 16

ISSN 0323-3375

